

Radiokolleg - Das Ringen um die Energiewende

 oe1.orf.at/programm/20150224/382033

Zwischen Ökologie, Ökonomie und Politik (2).

Gestaltung: Judith Brandner

Radiokolleg

[Zur Sendereihe](#)

24 02 2015

Unter dem Titel "Atoms for Peace" präsentierte US-Präsident D. D. Eisenhower 1953 der Weltöffentlichkeit seine Vorstellungen von der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Es war eine Grundsatzentscheidung in der Energiepolitik, zu deren Realisierung 1957 die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA in Wien gegründet wurde. Bis heute hat die Technologie trotz gravierender Unfälle wie Three Miles Island, Tschernobyl oder Fukushima eine starke Lobby, die den Ausstieg aus der Atomenergie verhindern will. Die Katastrophe im AKW Fukushima war für Deutschland, die Schweiz und Italien Auslöser für ein Umdenken in der Energiepolitik. In Japan selbst wurde der 2011 angesagte Ausstieg aus der Atomenergie nach starkem Druck der Lobby wieder abgesagt. Österreich fährt seit der Zwentendorf-Abstimmung 1978 einen klaren Anti-Atomkurs. Die Energiewende durch erneuerbare Energien, vor allem durch Solarenergie, wird hierzulande von einer Basisbewegung getragen. Insgesamt spiegelt das Ringen um die Energiewende den Interessenskonflikt zwischen Ökologie, Ökonomie und Politik wider. Dies zeigt sich z.B. in der Frage, welche Energieformen wie besteuert oder gefördert werden. So hat die EU-Kommission genehmigt, dass Großbritannien für den Bau des AKW Hinkley Point milliardenschwere Staatsbeihilfen leistet. Gebaut wird die Anlage vom französischen Energieriesen EDF mit chinesischen Partnern. Das AKW soll ab 2023 ans Netz gehen und dann etwa 60 Jahre Energie liefern. Die Baukosten belaufen sich auf 31 Milliarden Euro. Die britische Regierung garantiert Frankreich für 35 Jahre einen Abnahmepreis von umgerechnet 112 Euro je Megawattstunde Atomstrom. Das ist fast das Doppelte des aktuellen Marktpreises und eine doppelt so hohe Förderung für Atomstrom im Vergleich zur Windenergie.